

16961/AB
Bundesministerium vom 19.03.2024 zu 17503/J (XXVII. GP)
bmeia.gv.at
 Europäische und internationale
 Angelegenheiten

Mag. Alexander Schallenberg

Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Wien, am 19. März 2024

GZ. BMEIA-2024-0.062.273

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen haben am 19. Jänner 2024 unter der Zl. 17503/J-NR/2024 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Wahlen in Serbien“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3, 6 und 7:

- *Im Unterschied zu den Wahlen in Belarus hat die österreichische Bundesregierung die serbischen Wahlen nicht kritisch kommentiert. Wird die österreichische Bundesregierung aufgrund der Beobachtungen der internationalen Wahlbeobachtungsmissionen den Wahlen vom 17.12.2013 die Anerkennung ebenso wie denen in Belarus verweigern, bzw. hat sie dies zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung bereits getan? Wenn nein, nach welchen Kriterien wurde den Wahlen in Belarus die Anerkennung verweigert, die in Serbien nicht zutreffen?*
- *Wird die österreichische Bundesregierung eine Evaluierung der Berichte über Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen am 17.12.2023 durchführen?*
- *Wird die Bundesregierung eine Evaluierung der Verletzungen der Rechte der Opposition, wie Recht auf Finanzierung, Zugang zu Medien, Medienfreiheit, Versammlungsfreiheit und andere kolportierte Einschränkungen demokratischer Freiheiten und Rechte, durchführen?*
- *Die österreichische Bundesregierung hat sich für die Beendigung des türkischen Beitrittsprozesses aufgrund des mangelnden Fortschritts bzw. aufgrund von Rückschritten*

der Türkei ausgesprochen. Wird die Bundesregierung die Beendigung des serbischen Beitrittsprozesses ebenso einfordern?

Wenn ja, wann?

Wenn nein, aufgrund welcher Kriterien wird Serbien nicht gleich wie die Türkei bewertet?

- *Wird die Bundesregierung sich in der Europäischen Union für Sanktionen gegen Serbien einsetzen, bzw. Sanktionen gegen Serbien unterstützen?*

Sowohl gegenüber den Medien, als auch auf EU-Ebene und gegenüber meinen Amtskolleginnen und -kollegen habe ich betont, dass die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen der internationalen Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE und des Europarates, die zum Teil gravierende Unregelmäßigkeiten feststellen, besorgniserregend sind. Die Feststellungen und die darauf aufbauenden Empfehlungen zeigen, dass Verbesserungen und weitere Reformen im Wahlprozess notwendig sind. Es besteht eine klare Erwartungshaltung gegenüber Serbien, dass diese Empfehlungen auch mittels eines konstruktiven und inklusiven Dialogs unter Einbeziehung des gesamten politischen Spektrums zeitgerecht vor den nächsten Wahlen umgesetzt werden. Auch Vizepräsident und Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell und Kommissar Oliver Várhelyi haben kurz nach den Wahlen am 19. Dezember 2023 diese Erwartungshaltung in einer gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck gebracht. Präsident Vučić hat nach Vorliegen des Endberichts des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) die serbische Regierung aufgefordert, ehestmöglich mit der Umsetzung der Empfehlungen zu beginnen.

Die Berichte der internationalen Wahlbeobachtungsmissionen wurden durch Expertinnen und Experten meines Ressorts einer detaillierten Prüfung unterzogen. Funktionierende demokratische Institutionen sind Grundvoraussetzung und Kernstück des EU-Beitrittsprozesses, auch für Serbien. Wer der EU beitreten will, muss hier hohe Standards erfüllen. Die angeführten Grund- und Freiheitsrechte werden im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses regelmäßig evaluiert. Die Europäische Kommission berichtet in ihren jährlichen Erweiterungsberichten zu den Beitrittskandidatenländern dazu eingehend. Der Beitrittsprozess ist in diesem Zusammenhang unser stärkstes geostrategisches Werkzeug, um in den Beitrittskandidatenländern wie Serbien auf Reformen zu pochen. Sanktionen oder gar die Beendigung der Beitrittsverhandlungen mit Serbien stehen derzeit nicht zur Debatte. Die Beendigung der Beitrittsverhandlungen wäre überdies ein schwerer geostrategischer Fehler, denn gerade durch den EU-Beitrittsprozess kann eine Wegentwicklung von Rechtsstaatlichkeit, Grundrechten und demokratischen Prinzipien verhindert werden. Zudem würde dadurch nicht nur Serbien, sondern der gesamte Westbalkan, der Innenhof Europas, zusehends unfreundlichen nichteuropäischen Einflüssen überlassen werden.

Zu den Fragen 4 und 5:

- *Wird die Bundesregierung eine internationale Untersuchung der Vorgänge bei den Wahlen am 17.12.2023 unterstützen oder fordern?*
Wenn nein, warum nicht?
Wenn ja, in welchen internationalen Gremien?
Wenn ja, wie wird die Bundesregierung eine derartige Untersuchung unterstützen?
- *Wird die Bundesregierung eine internationale Untersuchung der Verletzungen der Rechte der Opposition, wie Recht auf Finanzierung, Zugang zu Medien, Medienfreiheit, Versammlungsfreiheit und andere kolportierte Einschränkungen demokratischer Freiheiten und Rechte, unterstützen oder fordern?*
Wenn nein, warum nicht?
Wenn ja, in welchen internationalen Gremien?
Wenn ja, wie wird die Bundesregierung eine derartige Untersuchung unterstützen?

Österreich würde eine internationale Untersuchung unterstützen. Eine internationale unabhängige Untersuchung unter Einbeziehung internationaler Expertinnen und Experten, wie von der serbischen Opposition und dem Europäischen Parlament gefordert, kann nur mit Zustimmung Serbiens erfolgen.

Zu den Fragen 8 und 9:

- *Wurde die Geschäftsträgerin oder anders Personal der serbische Botschaft betreffend die Beobachtungen der internationalen Wahlbeobachtungsmissionen einbestellt?*
Wenn ja, was waren die österreichischen und serbischen Positionen?
Wenn nein, warum nicht?
- *Wurde die Geschäftsträgerin oder anders Personal der serbische Botschaft einbestellt, um die Anschuldigungen der serbischen Ministerpräsidenten Ana Brnabic gegenüber den österreichischen Wahlbeobachtern Andreas Schieder und Stefan Schennach zu erklären?*
Wenn ja, was war die serbische Position?
Wenn nein, warum nicht?

Bei mehreren Gesprächen auf verschiedenen diplomatischen Ebenen sowohl in Wien als auch in Belgrad wurde klargestellt, dass die persönlichen Angriffe und Diffamierungen durch serbische Politikerinnen und Politiker auf internationale Wahlbeobachter wie das Mitglied des Europäischen Parlaments Schieder und Bundesrat Schennach absolut inakzeptabel sind und scharf zurückgewiesen wurden.

